

Krieg der Kulturen

von Laura Maria Berner

Am 17. November 2008 setzte sich die Projekt „Erinnern für die Menschenrechte“ der Reihe „Geschichte und Geschichten“ fort und lud zum Thema „Krieg der Kulturen“ ins Allerwelthaus in Köln-Ehrenfeld ein.



Der Abend bestand aus einem Ausschnitt aus dem Film „Krieg der Kulturen. Eine Reise von Jerusalem nach Kabul“ von **Ulrich Tilgner** mit anschließendem Vortrag und Diskussion mit dem Autor des Filmes. Tilgner berichtet seit den 80er Jahren aus dem Orient. Nach der Islamischen Revolution war er in Teheran als Korrespondent akkreditiert, von 1985 bis 2000 unterhielt er ein Büro in Amman/Jordanien und von 2002 bis 2008 leitete er das ZDF-Büro in Teheran. Sein Berichtsgebiet umfasst Irak, Iran und Afghanistan. Neben Beiträgen mit aktuellen Informationen aus den Kriegs- und Krisengebieten fertigt Tilgner Dokumentationen über die Region.

Der Film, der in Ausschnitten gezeigt wurde, beschreibt die Lage in Afghanistan, Irak und Iran in Form eines Reiseberichts. Neben den verschiedenen Konflikten und Krisenherden der Region, machte der Dokumentationsfilm auch die Problemlagen der internationalen Hilfsorganisationen vor Ort deutlich. Im Anschluss an den Film betonte Tilgner, dass die besondere Dokumentationsform eines Reiseberichts gewählt wurde, um die verschiedenen Blickwinkel der lokalen Bevölkerung auf die Krisensituationen darzustellen. Weiterhin machte er deutlich, dass sich viele Dinge bereits verändert haben, da der Film aus dem Jahre 2004 stammt. Tilgner begann seinen Vortrag mit der Aufarbeitung der jüngeren Geschehnisse und Entwicklungen.

Seit dem Dreh des Filmes hat es in der Region zwei große Entwicklungen gegeben: Zum einen im **Irak**, wo die Lage heute ruhiger geworden ist als damals. Zur Zeit der Aufnahmen

zeichnete sich bereits eine Verschärfung der Situation ab, die in den drei Jahren danach zum irakischen Bürgerkrieg und einer Mordwelle führte. Heute hat sich die Situation wieder zurückentwickelt, so dass eine solche Dokumentation wie 2004 wäre wieder möglich.

In **Afghanistan** war es im Jahre 2004 relativ ruhig. Heute sind viele Gebiete umso gefährlicher geworden, da die *Taliban* nach ihrer Vertreibung nun verstärkt zurück sind und 40% Afghanistans kontrollieren. Eine solche Reise wie im Jahr 2004 wäre in Afghanistan deshalb heute undenkbar. Selbst der Einsatz von Fusspatrouillen wurde aus Sicherheitsgründen eingestellt, so dass die Soldaten zu 80% in den Kasernen sitzen. Die



Ursachen hierfür sind vielfältig: Zum einen ist das Land extrem arm. Die jährlichen Staatseinnahmen von 700 Mio. US\$ entsprechen zum Vergleich 18 Std. Ölexport in Saudi-Arabien. Zum anderen haben die Millionen \$ die an Aufbauhilfe nach Afghanistan geflossen sind, die soziale Struktur des Landes vollkommen zerstört. Der Großteil der internationalen Organisationen und NGOs sitzt in Kabul, weil sich nur wenige in die gefährlicheren Provinzen trauen. Im Jahr 2004 waren 1500 NGOs in Kabul ansässig, während es außerhalb der Stadt nur eine Handvoll waren und sind. So wurde ein regional stark differenzierter Aufbau betrieben, aber auch in der Stadt selbst wurde die Sozialstruktur beschädigt. Die über 1000 NGOs in Kabul vergeben logischerweise eine Vielzahl von Jobs; dabei bezahlen die internationalen Organisationen ihren lokalen Mitarbeitern oft ein Vierfaches des örtlichen Lohnniveaus. So erhält ein Angestellter bei einer Hilfsorganisation zwischen 600-800 US\$/Monat, während ein lokaler Angestellter, z.B. ein Lehrer, durchschnittliche 150 US\$/Monat verdient. Ein bedeutender Teil der Gelder der Entwicklungshilfe versickert also bereits bei den Gehältern der Mitarbeiter. Außerdem werden besonders Personen mit Englisch-Kenntnissen systematisch aus der afghanischen Arbeitswelt „abgeschöpft“. Viele Mitarbeiter streben nach ihrer Beschäftigung bei den internationalen NGOs meist eine universitäre Ausbildung in der westlichen Welt an, was wiederum die guten Leute aus dem Land zieht und die Sozialstruktur weiter beschädigt. Mittlerweile werden sogar schon die qualifizierten Mitarbeiter der Organisation untereinander abgeworben; dies führt nicht selten zum Scheitern

der Arbeit kleinere Hilfsorganisation. Was zurückbleibt sind schlecht bezahlte staatliche Polizisten, die mit ihrem Gehalt von 60- 89 US\$ im Monat nicht in der Lage sind eine Familie zu ernähren. Folglich werden Polizisten zu einem großen Teil durch die Schmiergelder von Kriminellen finanziert. Die Ansiedelung der Hilfsorganisationen in Kabul führte außerdem dazu, dass die Mieten in der Stadt nach oben getrieben wurden.



Dies hat zum Ergebnis, dass die Bevölkerung und Regierung mittlerweile gegen die internationale Präsenz in dieser Form ist. Durch den Unmut der Bevölkerung haben auch die fast täglichen Anschläge begonnen, die im

Jahre 2004 noch weitestgehend unbekannt waren; so gab es auch in den acht Jahren Krieg gegen die Sowjetunion gab es keinen einzigen Anschlag. Die Sicherheitslage hat sich für die Mitarbeiter der Hilfsorganisationen u.a. auch deswegen verschärft, weil diese i. R. mit ausländischen Truppen zusammen arbeiten und auftreten. Aber die heutigen Truppen und Aktivisten (z.B. die Briten) sind ehemalige Feinde. Da ist es nicht verwunderlich, dass die Bevölkerung Probleme hat diese als Helfer anzunehmen. Erschwerend kommt hinzu, dass Afghanistan trotz der Hilfe noch ärmer geworden ist. Die Kindersterblichkeit liegt bspw. in den Provinzen, wo deutsche Soldaten seit mehr als drei Jahren stationiert sind, immer noch bei 50% und die durchschnittliche Lebenserwartung ist von 54% auf 44 Jahren gesunken! Die Mehrheit der Afghanen und die Regierung sprechen sich zwar immer noch für eine Präsenz von internationalen Truppen zur Verhinderung eines sonst drohenden Bürgerkriegs aus, wollen jedoch nicht mehr dass die Truppen in den Straßen als Besatzer auftreten. Die Organisationen, aus diesen Gründen nicht mit den Truppen zusammenarbeiten, bleiben von den Anschlägen der *Taliban* weitestgehend verschont. Die Zahl derer nimmt aufgrund des erkannten Fehlkonzepts der zivilen und militärischen Zusammenarbeit zu. Tilgner ist der Meinung, dass das Auftreten zusammen mit den Soldaten von Anfang an die Arbeit, und vor allem die Akzeptanz der Hilfsorganisationen, verhindert hat und viel zu spät als hindernder Faktor entdeckt wurde. Die wenigen Organisationen, die in den Provinzen tätig sind, sehen sich meist gezwungen nicht nur nicht mit den internationalen Soldaten „zusammenzuarbeiten“, sondern mit den *Taliban*. Dadurch erkennen sie die neue Herrschaft der *Taliban* an und mindern das sonst sehr hohe Anschlagrisiko.

Generell müssen die Organisationen und Truppen, um überhaupt die Akzeptanz der Bevölkerung zu erreichen, mit den Stämmen und besonders deren Führer zusammenarbeiten oder die sozialen Institutionen demokratisieren. Das internationale Ziel der Demokratisierung

Afghanistans ist laut Tilgner ein fast unerreichbarer Projekt, und das obwohl die Strukturen im Ansatz bereits demokratisch sind. So sind die Dörfer gewissermaßen demokratisch organisiert und es wird gemeinsam über wichtiges abgestimmt. Die Bevölkerung ist daher sehr demokratisierungswillig und möchte Wahlen. Doch die konkurrierenden Herrschafts- und Machtansprüche verhindern dies. Neben dem Regierungsapparat gibt es zum einen die traditionellen Stammesführer und zum anderen noch die *Warlords*, die über die Akkumulation militärischer Macht und Geld ebenfalls Teile Afghanistans kontrollieren. Der Westen ist nicht in der Lage diese festen Strukturen aufzubrechen und deshalb ist auch die Übertragung des westlichen Demokratisierungsgedanken hier nicht möglich. Folglich müssen die internationalen Organisationen mit den Stammesführern zusammen arbeiten, da diese es beeinflussen, ob die Stammesmitglieder für die westlichen Helfer sind, oder nicht. Im Gegenzug erwarten die Stammesführer dafür eine finanzielle Honorierung ihrer Kooperation. Aufgrund der Unterstützung der autoritär organisierten Stämme wird jedoch der zentrale Staat zerstört und der wichtige Demokratisierungsprozess weiter verhindert. So ist dies insbesondere im Norden des Landes zu beobachten, wo die lokalen *Warlords* und Stammesführer nicht entmachtet wurden.

Besonders am Beispiel der Wahlen zeigt sich, wie wenig die bisherige Intervention funktioniert hat. Nach acht Jahren sind die internationalen Truppen noch nicht einmal in der Lage Wahlen zu wiederholen und stocken ihr Kontingent dazu konstant auf. Doch gerade dieses ‚nicht Erreichen‘ der zuvor versprochenen Ziele der Demokratisierung und Entwicklung brachte die zu anfangs positiv gestimmte Bevölkerung gegen die westlichen Hilfstruppen auf. Die *Taliban* (und ebenso die *Al-Qaida*) wiederum die Widersprüche in der Gesellschaft, die durch die internationale Intervention aktiv revitalisiert wurden. Für die Bewegungen stellen die inkonsequenten Positionen der Stammesmitglieder und der Ärger über die enttäuschten Hoffnungen in der Bevölkerung eine leicht umkehrbare Motivation für ihre Zwecke dar.



Auf Nachfrage eines Gastes erläutert Tilgner in diesem Zusammenhang den Unterschied zwischen den *Taliban* und *Warlords*. Die *Taliban* sind in der Regel *Paschtunen*. Durch den Sturz der *Taliban* sind die *Paschtunen* ihrer politischen Elite beraubt worden. Die westlichen Alliierten haben zur Entmachtung die Anti-*Taliban*-Motivation der

Nordallianz (die nördlichen Nationen Afghanistans) genutzt und mit diesen zusammengearbeitet. Es wurde jedoch verpasst diese nach dem Sturz der *Taliban* wieder zu

entmachten, weshalb diese mächtigen Stammesführer sich zu großen Militärführern (sog. *Warlords*) entwickeln konnten. Die *Taliban* selbst sind nach ihrer Vertreibung nach Pakistan geflüchtet, wo sie von der pakistanischen Armee und dem Geheimdienst unterstützt wurden und wieder aufgebaut; heute sind die *Taliban* verstärkt in Afghanistan zurück und werden größtenteils wieder von den *Paschtunen* unterstützt. Die internationalen Organisationen scheuen sich jedoch davor, sowohl die *Taliban* als auch die mächtigen Stammesführer anzugehen, da diese für sie den Schlüssel zur Bevölkerung darstellen. Das Gemengelage an verschiedenen Randmächten macht die Situation in Afghanistan und jegliches Handeln des Westens deshalb extrem kompliziert.

Die Ablehnung der internationalen Intervention führt Tilgner wie bereits, erwähnt vorwiegend auf das System der Stammesgesellschaften zurück und betont, dass der Islam hier keine tragende Ursache hat, denn: Die Kultur des arabischen Raumes steht grundlegend auf zwei Säulen: Dem Islam und dem Stammesrecht. Bei dem Stammesrecht steht der ganze Stamm quasi als eine richtbare

Person dar. So erhält ein Stammesführer Geld für jeden getöteten Stammesangehörigen von den internationalen Truppen. An einem drastischen Beispiel macht Tilgner die „Rechtsverhältnisse“ deutlich: Für einen Toten erhält eine afghanische Familie genauso viel wie ein deutscher Soldat als



Aufwandentschädigung für 20 Tage Stationierung in Afghanistan erhält (ohne Sold). Diese finanziellen Verhältnisse sind auch der lokalen Bevölkerung bekannt, weshalb es nicht verwunderlich ist, dass dadurch großer Hass entsteht. Diese Eindrücke machen deutlich, weshalb Tilgner die Form eines Reiseberichts für seinen Dokumentationsfilm ausgewählt hat. Hätte er stattdessen eine politischen Reportage gewählt und hätte er nur nach besonderen Geschehnissen die (dann aufgewühlte) Bevölkerung befragt, hätte er höchstwahrscheinlich nur politische Statements erhalten und keine solchen Alltagseindrücke.

Tilgner nennt als weitere Ursachen der derzeitigen Ausweglosigkeit der Lage die extreme Armut des Landes in Kombination mit der hohen Korruption. Das Ziel des Westens ist es 200000 Leute als Sicherheitskräfte auszubilden. Die Beschäftigung einer solch hohen Anzahl kann der Staat jedoch aufgrund seiner geringen Einnahmen niemals selbst bezahlen. Andererseits nimmt Afghanistan jährlich 4 Mio. US\$ durch Drogengeschäfte und weitere 4 Mio. US\$ durch Korruption ein. So sind bspw. offiziell 80 000 staatliche Polizisten angestellt, Schätzungen zufolge sind es aber nur 60 000. Der Betrag für die Bezahlung der nicht

existierenden Polizisten versickert auf unbekanntem Wege. Hier zieht Tilgner eine Parallele zum Irak, wo die offiziellen Staatseinnahmen 48 Mio. US\$ betragen, die Dunkelziffer von Tilgner aber auf knapp 70 US\$ geschätzt wird. Diese unglaublich hohe Korruption in ihrer rapiden Dynamik hindert sowohl Afghanistan als auch den Irak am „Funktionieren“.

Tilgner betonte, dass er gerade das geringe Erfolgspotential der bisherigen internationalen Konzepte mit seinem Film aufzeigen wollte, indem er die von der westlichen Welt sehr verschiedenen Verhältnisse in Afghanistan darstellt. Die Demokratisierung und wirtschaftliche Penetration wird – so Tilgner –, wie in den heutigen Industrienationen auch, letztendlich nur über die Zerstörung der alten Kulturen erfolgen. Einer Langzeitprognose der CIA zufolge, werden Anti-Modernisierungsbewegungen, wie die *Al-Qaida* eine ist, ohnehin in 20 Jahre verschwunden sein. Der hohe Computerisierungs- und Digitalisierungsgrad ihrer Arbeit gleicht sie an die westliche Welt so weit an, dass die kulturellen Triebkräfte gegen den Westen ihre Kraft verlieren werden.



Eine Frage aus dem Publikum brachte Tilgner auf die Chancen der afghanischen Landwirtschaft außerhalb des Drogenanbaus: Die Landwirtschaft ist in Afghanistan immer noch bedeutend, da 60% der Bevölkerung in ländlichen Regionen lebt. Doch auch im Aufbau der Landwirtschaft wurde durch die internationale

Aufbauhilfe viele Fehler begangen. So zerstören bspw. die einerseits dringend nötigen Hilfslieferungen mit Nahrungsmitteln, die die Menschen in den Krisenregionen vor dem Verhungern retten sollen, die lokale Nahrungsmittelproduktion. Tilgner erklärte, dass der Wiederaufbau dieser alternativen landwirtschaftlichen Produktion (außerhalb des Opiumanbaus) im Zeitraum von 2001-04 hätte stattfinden müssen. Zu diesem Zeitpunkt (dem Ende der Herrschaft der *Taliban*) war die Opiumproduktion mit 900 t eher gering. Die *Taliban* hatten den Anbau reguliert, da sie als zentrale Herrschaftselite keine mächtigen Randherrscher duldeten. Seit der Zerstörung des zentralen Staates ist die Opiumproduktion bis heute auf 7200 t angewachsen, da die *Taliban* nun begonnen haben den Anbau zu fördern, um die Zentrifugalkräfte gegen die Regierung zu stärken. Tilgner erläuterte, dass der Westen die finanziellen Mittel für den Polizeiaufbau für die Überwachung der Landwirtschaft viel zu spät aufgestockt hat.

Zur derzeitigen Situation im Iran äußerte sich Tilgner folgendermaßen: Das Land steckt in einer großen Wirtschaftskrise. Es herrschen 25% Inflation und hohe Importraten, wodurch die

eigene Industrie nahezu zusammengebrochen ist. Da die Währung relativ stabil ist wird immer mehr eingeführt, was nur durch die Öleinnahmen finanzierbar ist. Wenn der Ölpreis also sinken oder bei ca. 50 US\$ bleiben sollte, wird der Präsident Ahmadinedschad nach Tilgners Meinung nicht wieder gewählt werden. Der Präsident braucht große Geldmengen um die aufgrund der wirtschaftlichen Situation sehr unruhige Gesellschaft zu befrieden. Ahmadinedschad bereits angekündigt Gelder für seine Wiederwahl in der Bevölkerung zu verteilen; stehen im dafür aus den Öleinnahmen genügend Gelder zur Verfügung, wird im eine Wiederwahl aller Wahrscheinlichkeit nach gelingen. Dies ruft wiederum andere Probleme auf dem internationalen Parkett hervor. Wird die atomare Forschung Irans, wie bereits angedroht, fortgeführt, wird dies –so Tilgner- in einem Angriff der Israelis auf den Iran enden. Der Iran wird auf den Angriff wohl mit einem Gegenangriff auf Israel und den Irak reagieren, wird für weitere Unsicherheit in Afghanistan sorgen und möglicherweise ebenfalls Dubai angreifen. Denn der Präsident Ahmadinedschad hat bereits betont, dass man auf keinen Fall einen Krieg auf dem eigenem Territorium möchte. Dieser Krieg wird dann entscheiden, ob das islamische System im Orient bestehen bleibt oder zerstört wird.

Tilgner fährt fort, die Interessen des Westens im Orient zu beschreiben: Diese seien nicht einfach zu definieren, da sie sehr unterschiedlich und nicht prognostizierbar sind. Tilgner sagt aus, er könne keine konsistente Politik der westlichen Mächte gegenüber dem Orient erkennen, was sich ganz wesentlich auf das Vertrauen der Bevölkerung vor Ort und somit das Erfolgspotential der Interventionen auswirkt. Weiterhin gibt es deshalb keine Zielidentitäten zwischen den Bevölkerungen vor Ort und zwischen den westlichen Mächten. Diese Vermischung von Interessen birgt ein hohes Eskalationspotential, wie sich bereits im Irak und in Afghanistan gezeigt hat.

Die amerikanische Politik ist sehr wesentlich von dem Verhältnis der eigenen Innen- und Außenpolitik abhängig. Präsident G.W. Bush wurde durch den Anschlag 9/11 gewissermaßen in die Außenpolitik gerissen. Das amerikanische Interesse im Irak war, sich dort eine neue Bastion aufzubauen um die gesamt Region von dort aus zu kontrollieren. Man wollte die traditionellen Mächte gegen pro-amerikanische, demokratische Bewegungen ersetzen. Das Konzept ist jedoch gescheitert, da die Amerikaner es nicht vermochten die traditionellen, anti-amerikanischen Mächte zu schwächen. Diese Fehleinschätzung hat zu einer beispiellosen Erstarkung der *Al-Qaida* und einem gewaltigen Ölpreisanstieg geführt. Die erhöhten Öleinnahmen Saudi-Arabiens wurden von den Saudis wiederum teilweise auch im Irak in Terrorkommandos gegen die Amerikaner investiert. Die Saudis wollten nicht, dass die amerikanische Mission erfolgreich wird, da es ihre eigene Position als Herrscher in Saudi-Arabien unterminieren würde. Dabei hatte die irakische Bevölkerung anfangs nichts gegen die amerikanische Intervention. Erst einige Monate und Fehlschläge der Amerikaner später wurde begonnen aktiv gegen die amerikanischen Soldaten vorzugehen. Den Amerikanern ist im Irak ihr fehlendes Wissen über Operationen in solchen Gebieten und die Arbeit mit solchen Kulturen zum Verhängnis geworden. So sind statt Kulturbarrieren abzubauen, diese vielmehr untermauert worden. So hat der Rückzug der Soldaten in die Kasernen und Panzer bereits dazu geführt, dass die Soldaten praktisch keine lokale Bevölkerung mehr zu Gesicht bekommen.

Abschließend äußerte sich Tilgner auf Nachfrage zur Lage der Frauen im Orient. Generell sei die Frau in der Gesellschaft noch sehr zurückgestellt. Im Iran sind die Frauen jedoch gerade dabei eine neue Stellung in der Gesellschaft einzunehmen. Bereits 60% der Universitätsstudenten sind Frauen, die wiederum auf dem Heiratsmarkt große Probleme haben, da die iranischen Männer traditionell immer noch keine klügere Frau möchten. Die Gleichstellungsdiskussion ist jedoch auch im Iran immer noch ein Langzeitkonflikt. In Afghanistan und dem Irak ist die Lage noch völlig anders, obwohl auch hier die iranischen Geschlechtertrennungs- und Gleichstellungsdiskussionen eine Dynamik in Gang gesetzt haben. Die Entwicklung der Frauenrechte ist in den Ländern verschiedenen Wellen unterworfen gewesen. Unter der sowjetischen Besatzung hatten die Frauen relativ viele Freiheiten. In der Zeit der Herrschaft der *Taliban* wurden diese Rechte sehr beschnitten und auch das Revival der Stammesstrukturen hat die Frauen in der Gesellschaft weiter zurückgedrängt. Tilgner legt in diesem Fall die Hoffnung in die zunehmende Bildung und die zeitliche Entwicklung; wenn die heutigen jungen *Taliban* Kinder haben, werden auch sie wollen dass ihre Töchter zur Schule gehen, sodass mit den Jahren ein Einstellungswandel stattfinden wird.

Fotos: Leyla Özcan und aus dem Film